

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 8 (1988)
Heft: 15

Artikel: Das Einfache, das so schwer zu machen ist
Autor: Fröbel, Folker
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651718>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Einfache, das so schwer zu machen ist

1968 In wirtschaftsgeschichtlicher Sicht

1968 ist kein revolutionärer Bruch wie 1789 oder 1917, und ein solcher stand 1968 wohl auch gar nicht auf der Tagesordnung. Umgekehrt ist 1968 aber auch mehr als nur ein x-beliebiger Punkt in einem Kontinuum von Entwicklung, auch mehr als etwa nur ein Tiefpunkt des konjunkturellen Zyklus wie 1975 oder 1982. 1968 ist ein Symptom für die Krise, in die das Nachkriegsmodell kapitalistischer Entwicklung Ende der 60er Jahre geraten ist. Für den anstehenden Übergang zu einem neuen, ökonomisch funktionstüchtigen und sozial konsensfähigen Entwicklungsmodell gehen allerdings von 1968 keine direkten Impulse aus.

Knotenpunkte der Entwicklung und „Gegenfinalität“

1968 ist nicht 1789 oder 1917

Wenn die herrschenden Kreise, ohne immer gleich zu wissen, wie es denn anders weitergehen könnte, wissen, dass es jedenfalls so wie bisher nicht mehr lange weitergehen kann; wenn die Unterschichten, überdrüssig, ohne Perspektive einfach weiterzumachen oder weiter so wie bisher mit sich umspringen zu lassen, neue gesellschaftliche Arrangements herbeisehnen, durch die alles eigentlich nur besser werden kann; und wenn gemeinsames, von der Vision einer neuen Gesellschaft beflügeltes Handeln unterschiedliche Partikularinteressen vereint; oder wenn schliesslich eine Hegemonialmacht autonom einen neuen Anfang setzt: in solchen Knotenpunkten geschichtlicher Entwicklung, in denen althergebrachte gesellschaftliche Institutionen und tief eingeschliffene gesellschaftliche Mechanismen einen kurzen historischen Augenblick lang zur Disposition stehen oder ausser Kraft gesetzt sind, wird über den Fortschritt in der Geschichte entschieden — durch Festlegung, die den Rahmen des gesellschaftlich Möglichen und die Linien des gesellschaftlichen Konfliktes auf längere Sicht hin neu bestimmen.

In solchen Knotenpunkten, seien es nun revolutionäre Brüche wie 1789 oder 1917 oder seien es bloss Einschnitte wie 1968, pflegt verständlicherweise die Illusion aufzukommen, im Zusammenwirken aller Menschen guten Willens liesse sich jetzt endlich alles (fast alles) zum Guten wenden (La Fayette: „Un peuple est libre aussitôt qu'il veut l'être“). Und doch hat sich bisher meistens eine Kluft aufgetan zwischen überschwänglichen Erwartungen einerseits und ernüchternden Ergebnissen andererseits: Nur zu oft sind die Versuche, das in solchen Momenten anscheinend in greifbare Nähe gerückte historisch Notwendige oder moralisch-ethisch Gebotene oder mehrheitlich Erstrebte oder wirtschaftspolitisch Angemessene zu verwirklichen, auf halbem Wege steckengeblieben oder gänzlich gescheitert oder gar ungewollt fast ins Gegenteil umgeschlagen (Loustalot: „Nous avons rapidement

passé de l'esclavage à la liberté, nous marchons plus rapidement encore de la liberté à l'esclavage“).

Für diese „Gegenfinalität“ (Sartre, 1967, 208 f.) lassen sich drei eng miteinander verknüpfte Gründe verantwortlich machen:

1. Die Schwierigkeit, überzeugend klarzumachen, welche gesellschaftlichen Verhältnisse in der jeweiligen geschichtlichen Situation zur Veränderung anstehen und welche dieser Änderungen unter Berücksichtigung der jeweiligen Machtverhältnisse durchsetzbar sein könnten, blockiert den Übergang zu gemeinsamem, zielgerichtetem, entschiedenem Handeln.
2. Offener Widerstreit entzweit unterschiedliche Interessengruppen, sobald es, kaum ist die alte Gesellschaftsordnung überwunden, um den Aufbau einer neuen geht.
3. Die Eigendynamik von Systemmechanismen setzt sich als „Sachzwang“ hinter dem Rücken der handelnden Subjekte durch.

Anhand des Anschauungsmaterials, das die Französische Revolution für konkrete Gründe von Gegenfinalität bereithält, liesse sich verständlich machen, warum die Blühträume eines revolutionären Bruchs nicht alle in Erfüllung gehen. Einige Überlegungen sollen im folgenden für den Einschnitt von 1968 angestellt werden. Auf später zu Entwickelndes vorgreifend, ist aber von Anfang an auf zwei offenkundige Unterschiede hinzuweisen, die den Einschnitt von 1968 in seiner historischen Bedeutung gegenüber dem revolutionären Bruch von 1789 gebührend relativieren.

Erster Unterschied: 1789 hatte den historischen Stellenwert — zumindest im Rückblick mag man auch versucht sein zu sagen: „die zu lösende Aufgabe“ — einer *systemtranszendierenden* Revolution, durch die das Ancien Régime von einer anderen, der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung abzulösen war (Barnave: „Une nouvelle distribution de la richesse prépare une nouvelle distribution du pouvoir“; de Tocqueville: „La Révolution, dont l'objet propre était d'abolir le reste des institutions du moyen âge“). Ob die unerlässliche Institutionalisierung der Voraussetzungen für eine in Westeuropa zwischen 1500 und 1900 vielleicht nicht unbedingt „historisch notwendige“, aber jedenfalls sehr naheliegende ungehemmt bürgerlich-kapitalistische Entwicklung anders als durch eine Revolution hätte vollzogen werden können — und dies ohne grundsätzliche Kompromisse à la Preussen und Japan —, ist zumindest höchst fraglich.

Dagegen stand 1968 im Westen und Norden doch wohl nicht die revolutionäre Ablösung der herrschenden Gesellschaftsordnung auf der Tagesordnung, sondern „nur“ ein *systemimmanenter* Formwechsel bürgerlich-kapitalistischer Wirtschaft und Gesellschaft.

Zweiter Unterschied: 1789 hat die, rückblickend betrachtet, „zur Lösung anstehende Aufgabe“ tatsächlich *mit grossem Erfolg* „gelöst“; 1789 war nicht umsonst bis 1917 von bestimmendem Einfluss auf die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft weit über die Grenzen Frankreichs hinaus.

Dagegen lassen sich 1968 gewiss *keine starken, zielgerichteten Impulse* für

einen systemimmanenten Formwechsel identifizieren, also für die Art der Lösung der wichtigsten anstehenden gesellschaftlichen (und das heisst vor allem auch: wirtschaftspolitischen) Probleme.

Das Nachkriegsmodell und seine Krise 1944 — 1968 — 1982

Das Nachkriegsmodell kapitalistischer Entwicklung kristallisierte sich aus einer Reihe von Elementen heraus, deren wichtigste Sozialpartnerschaft und Sozialstaat in den westlichen Industrieländern, Entkolonialisierung der Dritten Welt und internationale Freizügigkeit unternehmerischer Betätigung sind. Selbstverständlich wäre es überzogen sich vorzustellen, ein Team von Politikern und Wirtschaftsfachleuten hätte 1944 in Bretton Woods die Blaupausen des Nachkriegsmodells auch in den Details fertig ausgearbeitet, um sie nach Kriegsende im geeigneten Moment per Knopfdruck zur Realisierung abrufen zu können. Anknüpfend an die praktischen Erfahrungen des Roosevelt'schen New Deal und an neue, mit Keynes' Namen verbundene theoretische Einsichten hatten damals die massgeblichen Politiker und ihre Berater aber doch recht präzise Vorstellungen über die Grundsätze, anhand derer die kapitalistische Weltwirtschaft reorganisiert werden sollte, um nach Möglichkeit eine Wiederholung der Weltwirtschaftskrise und ihrer erschreckenden Folgen (Nazismus, Zweiter Weltkrieg) auszuschliessen.

Es war klar, dass ohne Zustimmung der Vereinigten Staaten in der westlichen Welt bis auf weiteres keine Wirtschaftspolitik mehr würde betrieben werden können. Es war klar, dass die langjährige antagonistische Konfrontation von Kapital und Arbeit in den westlichen Industrieländern endlich von „wirklicher“ Sozialpartnerschaft abgelöst werden sollte, also von einer für beide Seiten in gewissem Sinne vorteilhaften begrenzten Kooperation — aber selbstverständlich ohne dass dabei auch nur im geringsten am gesellschaftlichen Primat des Kapitals gerührt wurde. Es war klar, dass dabei der Staat als Sozialstaat systematisch Hilfestellung zu leisten hatte. Es war klar, dass die in zwei Weltkriegen und in der Weltwirtschaftskrise aufgetürmten Hindernisse für eine freie Entfaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen drastisch abgebaut werden sollten; insbesondere sollten nicht die weltwirtschaftspolitischen Fehler von Versailles wiederholt werden. Es war klar, dass es in der Dritten Welt künftig keine Kolonialreiche mehr geben sollte, die der jeweiligen Kolonialmacht das ausschliessliche Privileg wirtschaftlicher Betätigung und Ausbeutung einräumten. Schliesslich rechnete man damit, dass die radikaleren Teile der Arbeiterbewegung — von drei Jahrzehnten der Kriege, der Massenarbeitslosigkeit und der politischen Unterdrückung geschwächt und entmutigt — von der Durchsetzung dieser Grundsätze zwar gewiss nicht gerade erbaut sein würden, ihr aber bei entsprechendem US-amerikanischen Druck doch wohl keinen entscheidenden Widerstand würden entgegensetzen können.

In der Tat gelang es dann auch, die Weltwirtschaft nach Ende des Kriegs erfolgreich zu reorganisieren, ohne dass sich sogleich ernsthafte Probleme

der Gegenfinalität gestellt hätten — und dies war eigentlich auch nicht überraschend: es gab ein relativ klares, in Grenzen schlüssiges Konzept; in der westlichen Welt liessen sich die Widerstände gegen die Verwirklichung eines Konzepts, das so völlig den Interessen der herrschenden Kreise der Hegemonialmacht entsprach, wie erwartet, relativ leicht überwinden; es brauchte diese herrschenden Kreise zunächst einmal nicht sonderlich bekümmern, dass das Wirken der kapitalistischen Mechanismen aller historischen Erfahrung und theoretischen Voraussicht gemäss über kurz oder lang gewiss auch dem neuen Entwicklungsmodell inhärente Probleme und Widersprüche zu Tage fördern würde.

Das neue Entwicklungsmodell löste dann sogar noch den grössten Boom in der Geschichte des Kapitalismus aus. Erst Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre begann sich dieser Boom erkennbar zu erschöpfen; scheinbar paradoxerweise gewannen in diesem Zusammenhang gerade im Masse erfolgreichen Funktionierens des Nachkriegsmodells solche Faktoren an Gewicht, die das gesellschaftliche Primat des Kapitals unterminieren, die die weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität zunehmend behindern und die schliesslich auch Druck auf die Profitrate ausüben (1).

Zentraler Faktor für die Auslösung der *Krise* des Nachkriegsmodells ist vermutlich die im Masse der Annäherung an Vollbeschäftigung wachsende Verhandlungsmacht der Beschäftigten und ihrer Organisationen — sowohl am Arbeitsplatz selbst als auch auf dem Arbeitsmarkt. Unter solchen Umständen sind weitere (Nominal-)Lohnsteigerungen durchsetzbar, zunächst sogar über das als modellkonform betrachtete Mass der Produktivitätssteigerung hinaus; zugleich wird es dabei für die Unternehmen immer schwieriger, die Intensität und Qualität der Arbeitsverausgabung auf dem erwünscht hohen Niveau zu stabilisieren („olympiareife Belegschaften“, niedriger Krankenstand etc.) — und zwar ohne grundsätzliche Änderung der Arbeitsorganisation und ohne unverhältnismässige Kostensteigerungen auf Grund zusätzlicher Kontroll- und Überwachungsmassnahmen oder auf Grund weiterer Lohnerhöhungen, die die Motivation der Beschäftigten erhöhen sollen.

Selbstverständlich dürfen aber andere wichtige Faktoren nicht ignoriert werden, beispielsweise die schleichende Erosion der US-Hegemonie (ökonomischer Aufstieg Westeuropas und Japans, Vietnam-Krieg, Dollar-Krise) und die wachsenden Probleme eines weiteren rücksichtslosen, einzel-, aber nicht gesamtwirtschaftlich vorteilhaften Raubbaus an der gesellschaftlichen und an der natürlichen Umwelt (steigende Kosten der Reproduktion der Arbeitskraft auf Grund der Aushöhlung subventionierender nicht-kapitalistischer Bereiche; Umweltzerstörung).

Solche Faktoren (und ihr Zusammenspiel) führen zwangsläufig zu einer tiefen Verunsicherung aller potentiellen Investoren darüber, wie es wohl auf mittlere Sicht weitergehen wird. Die Zurückhaltung der Investoren setzt eine abwärts gerichtete Spirale von verringerten Investitionen, abgeschwächtem Wachstum, steigenden Freisetzen usw. in Gang. Hier ist der Dreh- und Angelpunkt für den *Umschlag* all der genannten schleichenden Ent-

wicklungen in die offene Krise des Nachkriegsmodells.

In diesem skizzenhaften Durchgang durch die Wirtschaftsgeschichte der Nachkriegszeit wurde gerade das Jahr 1968 passiert. An dieser Stelle steht nicht vorrangig zur Diskussion, was im einzelnen alles die Ereignisse von 1968 „als solche“ bedeuten. Jedenfalls dürfte unbestreitbar sein, dass damals so gut wie niemand einen gemeinsamen Nenner der vielfältigen Proteste und Revolten anzugeben wüsste, geschweige denn welche spezifischen Probleme zur baldigen Lösung anstanden. Gewiss, Verdrossenheit angesichts der perspektivenlosen Malaise und widerwärtigen Sekurität einer restaurativen Gesellschaft war weit verbreitet. Aber dies war zunächst einmal nicht viel mehr als eine diffuse, unspezifische Stimmung, aus der sich kein auf einer präzisen Gegenwartsdiagnose beruhendes zielbewusstes Konzept gesellschaftlicher Transformation ableiten liess. So wurde schon der ökonomische Boom selbst von den Zeitgenossen höchst *unterschiedlich* wahrgenommen und bewertet — dieser Superboom, an dessen materiellen Erträgen nur leider grosse Bevölkerungsteile der „Peripherie“ und selbst ganze Bevölkerungsgruppen des „Zentrums“ nicht partizipierten und der sogar im „Zentrum des Zentrums“ mit krankmachenden, entfremdenden Arbeitsbedingungen und kultureller Verödung des Alltagslebens allzu teuer erkauft schien.

An dieser höchst unterschiedlichen Wahrnehmung und Bewertung *scheiterten* die Versuche eines Zusammengehens von Studenten und Arbeitern. Während in der Studentenrevolte antiautoritäre, antiimperialistische und antikapitalistische Motive dominierten, ging es den unzufriedenen Arbeitern Frankreichs, Italiens, England u.a. primär um bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne (also eigentlich „nur“ um einen Nachholbedarf an modellimmanenter Sozialstaatlichkeit) und *nicht* um potentiell revolutionäre gesamtgesellschaftliche Änderungen — jedenfalls nach der nicht unumstrittenen, aber den Gang der Ereignisse faktisch bestimmenden Einschätzung einflussreicher Partei- und Gewerkschaftsführungen —, und so konnte die tiefsitzende Unzufriedenheit nicht in zielgerichtete politische Aktion umgesetzt werden, obwohl die politische Macht im Mai 1968 doch auf der Strasse zu liegen schien.

1968 war also bei all seiner virulenten Sprengkraft am Ende doch vor allem und nicht viel mehr als ein recht diffuses Aufbegehren, ein Symptom für die heraufziehende Krise des Nachkriegsmodells kapitalistischer Entwicklung. Es sei daran erinnert, dass es Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre nur ganz wenige Autoren gab (unter ihnen Andre Gunder Frank, Giovanni Arrighi und Ernest Mandel), die begründete Vorstellungen hatten, dass und warum sich das Nachkriegsmodell rasch auf seine Krise zubewege.

Wir haben oben in unserem skizzenhaften Durchgang erst einmal bei der tiefen Verunsicherung der potentiellen Investoren Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre halt gemacht. Es leuchtet ohne weiteres ein, dass in dieser Situation von den Unternehmen betriebswirtschaftliche Strategien zur Senkung der Kosten und Erhöhung der Flexibilität forciert werden; wie stark dabei von Anfang an die Absicht mitspielt, die Beschäftigten durch politisch gewollte Arbeitslosigkeit vom Arbeitsmarkt her wieder „zur Raison zu brin-

gen“, kann offen bleiben.

In der Tat lässt sich ab etwa 1970 eine Forcierung vor allem der folgenden drei, sich gegenseitig verstärkenden Reaktionen der Unternehmen beobachten:

- Die Unternehmen schränken ihre produktiven Investitionen zugunsten von Finanzanlagen ein („Investitionslücke“, besonders ausgeprägt bei den Nettoinvestitionen);
- die verbleibenden produktiven Investitionen werden stark auf arbeitssparende Nationalisierungsinvestitionen konzentriert;
- Beschaffung, Fertigung und Vermarktung werden weltweit reorganisiert, unter anderem durch „worldwide sourcing“ und Produktionsverlagerungen in die Dritte Welt, in der es in den 70er Jahren nicht zuletzt „dank“ grosser, scheinbar günstiger Kredite der temporär überliquiden (Investitionslücke, Ölschock) westlichen Privatbanken zu einer Welle exportorientierter Teilindustrialisierung kommt.

Eine umfassende weltweite Dokumentation dieser drei Reaktionsformen der Unternehmen ist an dieser Stelle nicht möglich, aber auch nicht erforderlich; der Hinweis auf einige herausgegriffene Teilevidenzen im Falle der Bundesrepublik Deutschland kann genügen:

- In der Bundesrepublik Deutschland ist die Nettoinvestitionsquote (Nettoinvestitionen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts) von durchschnittlich 17% im Zeitraum 1960/73 fast schlagartig auf 9% im Zeitraum 1974/86 gefallen. Der ganz unverhältnismässig starke Anstieg der Börsenkurse bis zum Crash im Oktober 1987 mit der nachfolgenden weitgehenden Erholung zeigt, dass erhebliche verfügbare, nicht für produktive Investitionen eingesetzte Mittel in (internationale) Finanzanlagen umgeschichtet werden; daneben halten zahlreiche Unternehmen (beispielsweise Siemens und Daimler-Benz) liquide Mittel in ganz aussergewöhnlicher Höhe.
- Wiederum in der Bundesrepublik Deutschland hat sich der Anteil der Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen an den Gesamt-(Brutto-)Investitionen von durchschnittlich 36% im Zeitraum 1960/73 fast schlagartig auf 56% im Zeitraum 1974/86 erhöht.
- Der Anteil der Beschäftigung in eigenen Tochtergesellschaften im Ausland an der Gesamt-(Inlands- und Auslands-)Beschäftigung der bundesdeutschen Wirtschaft hat sich nach der (unvollständigen) amtlichen Statistik zwischen 1976 und 1985 deutlich von 4,5 auf 6,6% erhöht; etwa ein Drittel dieser Auslandsbeschäftigten entfällt auf Entwicklungsländer. Im verarbeitenden Gewerbe liegen diese Anteile mehr als doppelt so hoch. Eigene Untersuchungen des Starnberger Instituts zeigen, dass sich der Anstieg der Auslandsbeschäftigung um das Jahr 1970 herum deutlich beschleunigt. Andere, eindeutig von „worldwide sourcing“ geprägte Formen der Auslandsbeschäftigung (Lohnfertigung und Zukauf von Handelsware im Ausland) kommen hinzu, die im bundesdeutschen Textil- und Bekleidungsgewerbe genauso stark ins Gewicht fallen — mit dem Ergebnis, dass 1983 im Textilgewerbe mindestens 11% und im Bekleidungsgewerbe mindestens 25% der Gesamtbeschäftigung auf Auslandsbeschäftigung entfallen (gegen 2 bzw. 4% im Jahre 1970). Auch in anderen Wirtschaftszweigen haben diese anderen Formen der Auslandsbeschäftigung an Bedeutung gewonnen. In den letzten Jahren mehren sich schliesslich die Fälle von transnationalen Kooperationsabkommen selbst der grössten Konzerne (Beispiele: Siemens/Philips, Volkswagen/Ford).

Die gesamt- und weltwirtschaftlichen Auswirkungen dieser Unternehmensstrategien können hier ebenfalls nur stichwortartig angedeutet werden. Aber auch ohne beispielsweise die ganze Skala der Reaktionen der Leidtragenden aufzuzeigen (von ohnmächtig-dumpfer Resignation und stiller Verweigerung über taktisch-reformistische Anpassung und organisierten inhaltenden Widerstand bis hin zu plebejisch-proletarischem Aufbegehren), reichen wohl schon die folgenden, aufs Ökonomische konzentrierten Hinweise aus, um die massiven Auswirkungen zu belegen, die aus der Krise des Nachkriegsmodells resultieren:

- Wachstumseinbruch: Betrug die durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf der Bevölkerung in den 60er Jahren in den westlichen Industrieländern etwa 4% und in den Entwicklungsländern 3%, so sackten sie in den 70er Jahren in den Industrieländern auf 2,5% ab, während sie in den Entwicklungsländern ungefähr gleich blieben (3%); in der ersten Hälfte der 80er Jahre schliesslich reduzierte sich diese Rate auf 1% in den Industrieländern und sank in den Entwicklungsländern sogar unter die Nullmarke.

- Steigende Entwicklungsländerausfuhr von verarbeiteten Erzeugnissen: Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Ausfuhr verarbeiteter Erzeugnisse lag in den 60er Jahren in Industrie- wie Entwicklungsländern bei etwa 10%; in den 70er Jahren ging sie in den westlichen Industrieländern auf 6,5% zurück, während sie in den Entwicklungsländern auf 13% stieg; in der ersten Hälfte der 80er Jahre fiel sie auf 3% (Industrieländer) bzw. 7,5% (Entwicklungsländer). Entsprechend erhöhte sich der Anteil der Entwicklungsländer an der Weltausfuhr verarbeiteter Erzeugnisse spektakulär von 4,5% in den 60er Jahren auf über 12% Anfang der 80er Jahre.

- Massenarbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern: Nach den eher restriktiven Abgrenzungen der OECD erhöhte sich die durchschnittliche Arbeitslosenrate in den westlichen Industrieländern, die im Zeitraum 1960/73 bei gut 3% gelegen hatte, 1974/79 auf über 5% und 1980/86 auf etwa 8%; 1986 waren in den westlichen Industrieländern nicht weniger als 31 Millionen Arbeitslose registriert; um ähnliche Grössenordnungen zu finden, muss man schon bis in die Zeit der Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929 ff. zurückgehen.

- Schuldenkrise der Dritten Welt: Mit dem Ausbruch der Schuldenkrise (Mexiko 1982) ist deutlich geworden, dass die Strategie kreditfinanzierter Weltmarkt- (nicht: binnen-)orientierter Industrialisierung der Dritten Welt in den 70er und 80er Jahren insgesamt schon allein deshalb auf Sand gebaut war, weil die krisenbedingt nahezu stagnierende Nachfrage der Industrieländer nur einigen wenigen mittelgrossen Entwicklungsländern den Absatz einer rasch expandierenden Exportproduktion ermöglicht, während komplementär die Exporterlöse der anderen hochverschuldeten Entwicklungsländer nicht so schnell steigen können, wie es zur Bedienung der internationalen Verschuldung erforderlich wäre, zumal die Zinssätze als Folge der Neuorientierung der US-amerikanischen Wirtschaftspolitik unter Reagan gegenüber der Mitte der 70er Jahre stark gestiegen sind. (Am Rande sei an die bedenkenlose Kreditvergabe der westlichen Banken vor 1982 und an das enorme Ausmass von Kapitalflucht und Gewinntransfer durch ausländische Unternehmen erinnert.)

Dieser ganz unvollständige Katalog macht auf seine Weise noch einmal klar, dass die Krise des Nachkriegsmodells Ende der 60er Jahre schon unmittelbar bevorstand. Im Überschwang weltverändernder Ideen war „1968“ in seinen konkreten Analysen und in den diskutierten Therapievorschlägen

weit von einer hinreichend spezifischen Diagnose *dieser* Krise entfernt. Die studentischen Protagonisten von 1968 waren von der Notwendigkeit der revolutionären Überwindung eines Systems überzeugt, das unfähig ist, mit den weitgehend von ihm selbst geschaffenen oder doch entscheidend verschärften menschenheitsgefährdenden Problemen fertig zu werden: Verelendung in der Dritten Welt, Massenarbeitslosigkeit in den Industrieländern, Umweltzerstörung, mangelnde Beherrschung riskanter Technologien, entfremdende Arbeits- und Lebensbedingungen etc. Sie waren auf dem Wege zu einem emanzipativen Gesamtkonzept gesellschaftlicher Veränderung, das den Strukturveränderungen Rechnung tragen sollte, die seit den Tagen der klassischen Arbeiterbewegung eingetreten sind.

Abgesehen davon, dass die „68er“ nur ein eingeschränktes Spektrum von kapitalismus-spezifischen Problemfeldern vor Augen hatten (beispielsweise galt das Problem der Massenarbeitslosigkeit inzwischen als prinzipiell gelöst), entbindet aber die Entwicklung eines solchen emanzipativen Gesamtkonzepts nicht schon von der Aufgabe, kurzfristige, vertretbare, in die richtige Richtung weisende „Lösungen“ für die Probleme zu erarbeiten, die mit der anstehenden Krise des Nachkriegsmodells aufgeworfen worden sind — Probleme, von denen viele Politiker und sogenannte Sachverständige fälschlicherweise annahmen, sie seien einigermaßen überschaubar und auch ohne weiteres mit Hilfe der vorhandenen Konzepte und Rezepte beherrschbar.

Zunehmende Massenarbeitslosigkeit und Verarmung 1968 — 1982 — ?

Die oben angedeutete, in der Tradition von M. Kalecki stehende Erklärung macht, ökonomistisch verkürzt ausgedrückt, den bei Annäherung an Vollbeschäftigung drohenden „profit squeeze“ für das Ende des Booms und für die Krise des Nachkriegsmodells verantwortlich. Warum hat dann aber nach nunmehr anderthalb Jahrzehnten Massenarbeitslosigkeit und inzwischen nahezu stagnierenden Nettoreallöhnen sowie gleichzeitig wieder kräftig steigenden Gewinnen nicht schon längst wieder ein Aufschwung eingesetzt? In der Tradition von Keynes liegt es heute nahe, die Antwort in unzureichender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage zu sehen.

Dies war nun bereits in den 70er Jahren die wirtschaftspolitische Grundeinschätzung der meisten Regierungen westlicher Industrieländern. Die epochalen Wahlsiege Thatchers, Reagans und zuletzt Kohls (1982) markieren schliesslich Anfang der 80er Jahre die neue konservative Etappe der Versuche einer systemimmanenten Überwindung der Krise. Jetzt wird die Lösung des Problems der Massenarbeitslosigkeit erst einmal programmatisch vertagt, um die „Reinigungsfunktion“ der Krise voll zum Tragen kommen zu lassen. „Flexibilisierung“, „Deregulierung“, „Leistung muss sich wieder lohnen“, „mehr Eigenverantwortung“, Abbau der „sozialen Hängematte“, internationale Wettbewerbsfähigkeit sind einige der Schlagworte, die auf ein neues, in den ersten Umrissen sich abzeichnendes, aber keineswegs schon endgültig installiertes Entwicklungsmodell vorweisen, dessen

ökonomische Funktionstüchtigkeit und soziale Konsensfähigkeit erst recht zu bezweifeln sind. Wenn die kurzsichtige, hybride Politik der „Reaganomics“, die zunächst einmal einen Grossteil des anlagesuchenden Kapitals durch hohe Zinssätze in die Vereinigten Staaten geleitet und damit ein privatwirtschaftlich ausgerichtetes Beschäftigungsprogramm (vor allem im Rüstungsbereich und vor allem mit sozial zweitklassigen Beschäftigungsverhältnissen) und steigende Einfuhrüberschüsse finanziert hatte, in Kürze unter anderem wegen der explodierenden Nettoauslandsverschuldung der Vereinigten Staaten ihren Offenbarungseid wird leisten müssen (mit bedrohlichen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft), dürfte die konservative Wirtschaftspolitik der übrigen Industrieländer vor allem Westeuropas nicht an recht massiven Massnahmen zur Belebung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage vorbeikommen und damit nolens volens bei nicht wesentlich günstigeren Ausgangsbedingungen mit fraglichen Erfolgsaussichten wiederholen, was die sozialdemokratischen Regierungen zehn Jahre zuvor ohne Erfolg versucht hatten.

Es ist unter anderem an den Einfluss der „Sachzwänge“ zu erinnern und hier an erster Stelle an den des Weltmarkts, dessen Rolle bei der Entstehung der Krise unübersehbar ist (Dollar-Krise, „worldwide sourcing“) und der heute erbarmungsloser denn je jeden national begrenzten wirtschaftspolitischen Reformansatz konterkariert (man denke noch einmal an das erste Jahr der Präsidentschaft Mitterrand), solange er nicht von Anfang an konsequent auf geeignete Weise institutionell abgesichert ist (was wieder die politische Dominanz der Arbeit gegenüber Staat und Kapital voraussetzt).

Angesichts dieser Bilanz mag in Westeuropa eine Politik der kleinen Schritte in die richtige Richtung gegenwärtig die einzige arbeitnehmerfreundliche Alternative sein (vgl. Anderson et al. 1984). Bei der grossen Wahrscheinlichkeit eines Fortbestehens, ja einer weiteren Verschärfung der Probleme, insbesondere der Massenarbeitslosigkeit, können sich aber auf mittlere Sicht die Chancen einer Realisierung der radikaleren, aber immer noch (weitgehend) systemimmanenten Politikvorschläge eigentlich nur verbessern.

Es muss den Lesern überlassen bleiben zu beurteilen, wie gut ein solches Plädoyer für eine Politik des radikalen Realismus *heute* (1988) vor dem Urteil zweier Revolutionäre von 1968 und 1789 bestehen kann. Zunächst Rudi Dutschke:

„Dennoch dürfen wir es nicht unterlassen, genau zu unterscheiden zwischen den Gesellschaften der kapitalistischen Eindeutigkeit und der staatssozialistischen Zweideutigkeit. Mit Georg Lukács müssen wir sagen, dass ‚beide grossen Systeme‘ in einer ‚Krise‘ stecken, dass darum die ‚Bedeutung des *echten* Marxismus als alleiniger Ausweg‘ an Bedeutung ungeheuer zugenommen hat. Genau zu unterscheiden ist aber, dass er auf der einen Seite als *radikaler Reform*er seine produktive Wühlarbeit betreiben muss, auf der anderen aber als *radikaler Revolutionär* an der Brechung des Kapitalverhältnisses zu arbeiten hat. Beides müssen wir genau unterscheiden — und ebenso die Gemeinsamkeit des Ziels betonen.“ (Dutschke 1974, 6)

Und schliesslich Robespierre, der einst, auf die Suspendierung des König-

tums bezugnehmend, fragte:

Citoyens, voulez-vous une révolution sans révolution?

Anmerkung

- 1) Ein Versuch einer kohärenten Erklärung des Booms und seines schliesslichen Endes findet sich in Fröbel/Heinrichs/Kreye 1986, insbesondere S. 80-106, 198-210.

Literatur

Anderson, Perry/Fröbel, Folker/Heinrichs, Jürgen/Kreye, Otto, 1984: Politik des radikalen Realismus. In: Das Argument, H. 148, 831-848.

Dutschke, Rudi, 1974: Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen. Berlin/West.

Fröbel, Folker/Heinrichs, Jürgen/Kreye Otto, 1986: Umbruch in der Weltwirtschaft. Reinbek (= rororo aktuell 5744).

Sartre, Jean-Paul, 1967: Kritik der dialektischen Vernunft. Reinbek.

Buchhandlung Das Narrenschiff GmbH



**Gerbergasse 22, CH - 4001 Basel
Telefon 061 - 25 19 82**